

Entschließungsantrag

der Abgeordneten Klaus Haupt, Ina Lenke, Michael Kauch, Dr. Karl Addicks, Rainer Brüderle, Angelika Brunkhorst, Ernst Burgbacher, Helga Daub, Jörg van Essen, Ulrike Flach, Horst Friedrich (Bayreuth), Rainer Funke, Joachim Günther (Plauen), Dr. Christel Happach-Kasan, Ulrich Heinrich, Gudrun Kopp, Sibylle Laurischk, Harald Leibrecht, Eberhard Otto (Godern), Cornelia Pieper, Dr. Hermann Otto Solms, Dr. Max Stadler, Dr. Rainer Stinner, Dr. Dieter Thomae, Jürgen Türk, Dr. Claudia Winterstein, Dr. Volker Wissing, Dr. Wolfgang Gerhardt und der Fraktion der FDP

**zu der Beratung der Unterrichtung durch die Bundesregierung
– Drucksache 15/4970 –**

Nationaler Aktionsplan für ein kindergerechtes Deutschland 2005 bis 2010

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Die Kinder- und Jugendpolitik vollzieht seit Jahren einen langsamen und überfälligen Perspektivwechsel: Mehr und mehr begreifen Politik und Gesellschaft, dass Kinder und Jugendliche eigene Persönlichkeiten mit eigenen Rechten und Pflichten sind. Sie sind nicht nur Teil einer Familie, sondern sie haben ureigenste Bedürfnisse und Interessen. Es ist zu begrüßen, dass diese Erkenntnis sich immer mehr durchsetzt und in der Politik widerspiegelt, beispielsweise in Programmen zur Partizipation von Kindern und Jugendlichen oder Gesetzen zum verbesserten Schutz gegen Missbrauch und Gewalt.

Die Kinder- und Jugendpolitik muss aber noch viel stärker in den Mittelpunkt rücken. Und sie muss als Querschnittsthema betrieben werden, das in allen anderen Politikfeldern zu beachten ist. Wir müssen uns bei allen Entscheidungen fragen, welche Wirkungen sie für die jungen Menschen von heute und morgen haben. Kinder und Jugendliche sind ein wichtiger Teil unserer Gegenwart und sie sind die Zukunft unserer Gesellschaft!

Mit der Vorlage des Nationalen Aktionsplans für ein kindergerechtes Deutschland (NAP) kommt die Bundesregierung einer Verpflichtung aus den Vereinbarungen des Weltkindergipfels 2002 in New York nach. Es ist zu begrüßen, dass dieser Aktionsplan nun vorliegt. Ein kindergerechtes Deutschland ist ein Ziel, das über alle Parteigrenzen hinweg geteilt wird.

Erfreulich ist, dass der NAP auch unter Beteiligung von Kindern und Jugendlichen erarbeitet wurde. Denn völlig zu Recht setzt die Bundesregierung einen

Schwerpunkt im NAP bei der Partizipation von Kindern und Jugendlichen. Junge Menschen wollen Verantwortung tragen und ihre Welt mitgestalten. Sie erheben zu Recht Anspruch auf Teilhabe und Beteiligung. Um dieses Potenzial zu nutzen, müssen ihnen allerdings ernst gemeinte und auf sie zugeschnittene, altersdifferenzierte Angebote zur Teilhabe am politischen und gesellschaftlichen Leben gemacht werden. Deshalb ist zu warnen vor jeglichen Formen der Scheinpartizipation, wie Jugendliche sie bei früheren politischen Aktionen teilweise empfanden. Wichtig ist auch: Aktive Beteiligung von Kindern und Jugendlichen darf sich nicht in einzelnen guten Aktionen erschöpfen, sie muss kontinuierlich erfolgen und ernsthafte Gestaltungs- und Mit-Entscheidungschancen für die junge Generation bringen.

Wenn wir Beteiligung ernst nehmen, müssen wir Kinder und Jugendliche in ihren Rechten stärken. Es ist erfreulich, eine seit Jahren von den Liberalen wiederholte Forderung im NAP wieder zu finden: Wir müssen dafür Kinder und Jugendliche besser über ihre Rechte informieren – und Kinderrechte auch im Bewusstsein der erwachsenen Bevölkerung verankern. Es ist noch viel zu tun, damit in Kindergärten, Schulen, Freizeiteinrichtungen, in der Jugendhilfe, in der Justiz, in den Familien – und nicht zuletzt bei allen Politikern klar ist, welche Rechte Kindern beispielsweise nach der UN-Kinderrechtskonvention zustehen.

Als leider schier unendliche Geschichte zieht sich die Debatte um die Rücknahme der Vorbehaltserklärung zur UN-Kinderrechtskonvention durch die letzten Jahre. Dies ist ein politisches Versagen. Die deutsche Vorbehaltserklärung gegen die Kinderrechts-Konvention der Vereinten Nationen ist sachlich obsolet. Sie muss endlich aufgehoben werden. Sie wirkt wie ein Vorbehalt gegen Fortschritte in der Kinderrechtsdiskussion. Das belastet den Dialog mit den Kinderrechtsorganisationen erheblich.

Die Vorbehaltserklärung schadet dem deutschen Ansehen im Ausland. Deutschland darf anderen Staaten keinen Vorwand liefern, selbst Vorbehalte gegen Kinderrechte aufzubauen.

Von einem Ziel des Nationalen Aktionsplans sind wir leider besonders weit entfernt: Vom angemessenen Lebensstandard aller Kinder. Nicht zuletzt, weil die Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik der letzten Jahre versagt hat, leben immer mehr Kinder in relativer Armut. Kinder leiden erheblich unter der Arbeits- und Perspektivlosigkeit ihrer Eltern. Für Jugendliche sind Ausbildung und Arbeit mehr als nur die Grundlage für ein wirtschaftlich unabhängiges Leben. Sie haben auch zentrale Bedeutung für die Identitätsfindung, die Selbstverwirklichung und -bestimmung. Es stimmt, dass Armutsrisiken nicht allein durch Transfers ausgeglichen werden können. Eltern und Kinder müssen in Bezug auf Armutskrisen auch als handelnde Akteure erkannt werden. Das heißt, von Armut Betroffenen muss nicht nur durch finanzielle Unterstützung ein menschenwürdiges Leben gesichert werden. Vielmehr muss darüber hinaus versucht werden, ihnen Wege aus der Armut zu eröffnen. Kinder können im Gegensatz zu ihren Eltern nicht für ihr eigenes Einkommen aufkommen. Deswegen soll minderjährigen Kindern und Kindern, die sich noch in der Schulausbildung befinden und bei ihren Eltern wohnen, der absolute Vorrang bei Unterhaltsansprüchen gegenüber allen anderen Unterhaltsberechtigten zukommen. Armutsbekämpfung erfolgt jedoch nicht mehr allein über Einkommenstransfers, sondern ebenso über die Wiederherstellung von wirtschaftlicher und sozialer Handlungsfähigkeit. Diese Sichtweise rückt die Hilfe zur Selbsthilfe in den Mittelpunkt. Die Liberalen setzen auf gezielte Strategien, die aus der Armut herausführen und auch davor schützen können: Dazu gehören Bildung, Beratung und Beteiligung, das Erlernen persönlicher Krisenbewältigungsstrategien von Kindern, Jugendlichen und Erwachsenen ebenso wie die Veränderung der Infrastrukturen in kommunalen Lebensräumen. Armutsprävention durch solche Maßnahmen muss einen neuen politischen Stellenwert erhalten.

Die bisherige Politik hat nicht verhindern können, dass vielen Jugendlichen die Chancen, in ein qualifiziertes und erfülltes Erwerbsleben einzutreten, erschwert oder verwehrt sind. Das Bildungs- und Ausbildungssystem kann einerseits den Bedarf an hochqualifizierten Arbeitskräften nicht decken und andererseits findet ein hoher Anteil von Jugendlichen keinen Ausbildungs- und Arbeitsplatz. Es kommt darauf an, den jungen Menschen Optionen zu geben, durch eigene Arbeit am gesellschaftlichen Reichtum teilzuhaben. Der bisherigen Fehlsteuerung im Bildungs- und Ausbildungssystem muss entschieden und mit vielfältigen und unkonventionellen Ideen und Ansätzen entgegengewirkt werden. Reformen in der Bildungspolitik und in der Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik sind gerade auch für die Zukunft der jungen Menschen dringend geboten. Das Bildungsniveau der jungen Menschen ist von zentraler Bedeutung für ihre Lebensumstände, die aktuellen Ansichten und ihre späteren gesellschaftlichen Chancen. Eine möglichst hohe Bildung ist daher ein wichtiges Ziel für die meisten Jugendlichen. Diejenigen Heranwachsenden, die mit den Anforderungen in Schule und Beruf weniger gut zurechtkommen, fühlen sich denn auch potentiell benachteiligt und reagieren darauf mit Aggression oder Resignation

Jugendliche, die in prekären Lebensverhältnissen hinsichtlich Bildung und Beruf leben, sind überproportional häufig von der Demokratie als Staatsform und der politischen Wirklichkeit enttäuscht. Dies trifft besonders auf die östlichen Bundesländer zu. Nach den Wahlerfolgen rechtsextremer Parteien bei den Landtagswahlen im September 2004 in Brandenburg und Sachsen stellt sich erneut die Frage, wie die Öffentlichkeit, wie die Parteien und die Medien darauf angemessen reagieren. Es wäre eine Verharmlosung, die Wähler der rechtsextremen Parteien als reine Protestwähler abzutun. Es gibt besonders zu denken, wie groß die Erfolge rechter Parteien und Organisationen bei jungen Menschen sind: Es sind meist Angst und angstgenährte Unzufriedenheit, ob sie real, eingebildet oder aufgebauscht ist, die einen Teil der Bevölkerung zu den rechtsextremen Parteien treiben. Frustrationswellen, verstärkt durch autoritäre Demokratieskepsis, Antisemitismus und Angst vor dem Fremden spiegeln sich häufig in Erfolgen der Berufsextremisten von rechts. Angst trifft Gewaltlust. Neben dem organisierten Rechtsextremismus hat sich diese oft gewaltbereite rechtsextremistische und fremdenfeindliche Jugendströmung fest etabliert. Viele Jugendliche schließen sich ihr an aus einem Hang zur Provokation. Rechtsextremismus und Gewalt unter Jugendlichen muss die Gesellschaft als Ganzes konsequent entgegentreten – und zwar nicht nur, wenn nach aktuellen Vorfällen die Entrüstung groß ist. Hier ist ein Prozess hin zu mehr Toleranz und Demokratiebewusstsein erforderlich. Die neuen Kriminalitätsstatistiken zeigen, dass auch andere Formen von Gewalt und Gewaltbereitschaft von jungen Menschen nach wie vor ein großes Problem sind, dessen vielfältige Ursachen gezielt bekämpft werden müssen.

Neben dem Thema Gewalt durch Kinder und Jugendliche muss auch der Aspekt der Gewalt gegen Kinder und Jugendliche im politischen Fokus stehen. Die Statistik zeigt deutlich, dass Kinder, die Gewalt in der Familie erleben, später häufiger selbst Täter werden. Gesellschaftliches Leitbild jeder Erziehung muss die Freiheit von Gewalt sein. Kinder sind gegenüber jeder Gewalt, die ihnen angetan wird, wehrlos. Gewalt hat gravierende Folgen für die Persönlichkeitsentwicklung von Kindern. Seelische Verletzungen und körperliche Strafen beeinträchtigen das Selbstbewusstsein des Kindes, erhöhen die Aggressivität, behindern Einfühlungsvermögen und Gewissensbildung schränken eigene Erfahrungen und eigenständige Entwicklung ein. Deshalb muss die gesellschaftliche Norm klar sein: Gewalt ist kein Erziehungsmittel. Denn die Erfahrung von Gewalt wird weitergegeben. Dies führt zu einem Teufelskreis, in dem die Würde der jungen Menschen mit Füßen getreten wird. Der verhängnisvolle Kreislauf von erfahrener und weitergegebener Gewalt muss durchbrochen werden. Ohne engagierte Zusammenarbeit und guten Willen des Elternhauses sowie der Gesell-

schaft als Ganzes können wir das kaum erreichen. Denn das wichtigste Element im Kampf gegen Jugendgewalt ist die Familie. Wenn Eltern ihren Kindern Geborgenheit und Selbstvertrauen, aber auch die notwendigen Grenzen vermitteln, dann bestehen gute Chancen, dass die so erzogenen Jugendlichen so viel Charakter entwickeln, dass Sie auch Frustrationen, etwa durch den Kontrast Medienwelt – Alltagswirklichkeit oder durch einen schwierigen beruflichen Werdegang, gewachsen sind, ohne Gewalt als Ausweg zu suchen.

Der Blick auf Probleme in der Jugendpolitik ist wichtig – aber auch der Blick auf Positives:

Die positive Zukunftssicht der jungen Generation, die sich in der 14. Shell-Jugendstudie zeigt, darf auch die Politik optimistisch stimmen. Die meisten Jugendlichen von heute stellen sich den großen gesellschaftlichen und persönlichen Herausforderungen mit Pragmatismus und einem neuen Wertemix aus Fleiß, Ehrgeiz, Sicherheitsdenken, Machtstreben und gleichzeitig Spaßorientierung und Toleranz. „Aufstieg statt Ausstieg“ ist das Motto für die Meisten in der jungen Generation. Viele Jugendliche zeigen wieder ein erhöhtes Maß an persönlicher Leistungsbereitschaft. Es gibt eine Generation, die im positiven Sinne als die Zukunft unserer Gesellschaft bezeichnet werden darf. Gerade die in Schule und Beruf erfolgreichen Jugendlichen verkörpern den neuen positiven Zeitgeist und tragen zu einer produktiven gesellschaftlichen Entwicklung bei.

II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf, in Zusammenarbeit mit den Ländern und Kommunen

- die Maßnahmen des NAP weiter zu konkretisieren und mit konkreten Verantwortlichkeiten und Terminvorgaben zu versehen und damit überprüfbar zu machen;
- ein umfassendes, neutrales Monitoring zum NAP unter Einbeziehung von Wissenschaftlern und vor allem von Kindern, Jugendlichen und ihren Interessenvertretern durchzuführen;
- die Entwicklung von Qualitätsstandards in der Kinder- und Jugendhilfe zu forcieren;
- eine Generationenbilanz einzuführen, in der aufgeschlüsselt nach Jahrgängen, auf der Habenseite Leistungen für die nachrückenden Generationen – wie Ausgaben für Bildung, Infrastruktur, vorsorgenden Umweltschutz, Kinder- und Jugendhilfe und soziale Sicherheit – erfasst, auf der Sollseite Belastungen wie Staatsverschuldung, Pensionslasten, Verpflichtungen aus Generationenverträgen und Umweltschäden ausgewiesen werden. Damit könnte ein besseres Bewusstsein für die berechtigten Anliegen der kommenden Generationen geschaffen und der Politik ein Maßstab für die Wirkung politischer Maßnahmen gegeben werden;
- die Vorbehalte gegen die UN-Kinderrechtskonvention zurückzunehmen (s. Antrag der Fraktion der FDP vom 28. Januar 2004, Bundestagsdrucksache 15/2419);
- die Teilhabe und Mitwirkung von Kindern und Jugendlichen im gesellschaftlichen und politischen Leben durch ernst gemeinte und altersdifferenzierte Angebote in vielfältiger Weise zu ermöglichen;
- Kinder, Jugendliche und auch Erwachsene in Schulen, Einrichtungen der Kinder- und Jugendhilfe und über breite Öffentlichkeitsarbeit besser über Kinderrechte zu informieren;

- das Wohl und die Interessen der Jugendlichen nicht nur in den Mittelpunkt der Kinder- und Jugendpolitik im engeren Sinne zu rücken und mit hoher politischer Priorität zu verfolgen, sondern dies auch in den Feldern Bildung, Armutsbekämpfung, Gesundheit, Arbeitsmarkt, und Gewaltprävention zu tun.

Berlin, den 29. Juni 2005

Klaus Haupt
Ina Lenke
Michael Kauch
Dr. Karl Addicks
Rainer Brüderle
Angelika Brunkhorst
Ernst Burgbacher
Helga Daub
Jörg van Essen
Ulrike Flach
Horst Friedrich (Bayreuth)
Rainer Funke
Joachim Günther (Plauen)
Dr. Christel Happach-Kasan
Ulrich Heinrich
Gudrun Kopp
Sibylle Laurischk
Harald Leibrecht
Eberhard Otto (Godern)
Cornelia Pieper
Dr. Hermann Otto Solms
Dr. Max Stadler
Dr. Rainer Stinner
Dr. Dieter Thomae
Jürgen Türk
Dr. Claudia Winterstein
Dr. Volker Wissing
Dr. Wolfgang Gerhardt und Fraktion

